



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLLBUCH DES GEMEINDERATES

Sitzung vom 25. November 2025.

Anwesend : Herr STELLMANN A., Bürgermeister;
Herr DOLLENDORF S., Frau SCHOMMERS-BÜX K.,
Herr LAFLEUR J., Schöffe(n);
Herr MAUS C., Herr SCHÜR D., Frau GEIBEN B., Herr
SCHMITZ R., Frau KESSLER F., Frau MARTINY M.,
Frau PIRONT S., Herr SCHMITZ S., Herr GREVEN J.,
Herr M. GOMMES, Gemeinderatsmitglieder;
Herr SCHÖSSLER P., Generaldirektor.

Punkt - 9 - der Tagesordnung.

**Gegenstand: Festsetzung der Gebühr für die Bearbeitung von Anträgen
des Städtebau - und Umweltdienstes für die Jahre 2026-2031.**

In öffentlicher Sitzung:

DER GEMEINDERAT

Aufgrund des Gemeindedekrets vom 23.04.2018, insbesondere der
Artikel 35, 74-75 und 102 § 3;

Aufgrund der Bestimmungen des Gesetzbuches über die gütliche
Beitreibung und Zwangsbeitreibung von Steuerforderungen und
nichtsteuerlichen Forderungen;

In Anbetracht, dass vorliegende Gebühr das Ziel verfolgt, sowohl der
Gemeinde die Finanzmittel zu beschaffen, um ihre Aufgaben als öffentlicher
Dienst auszuüben und ihre gewünschte Politik zu führen, als auch ihr
finanzielles Gleichgewicht zu sichern;

Auf Vorschlag des Gemeindegremiums;

BESCHLIESST einstimmig:

Artikel 1: Zugunsten der Gemeinde wird für die Jahre 2026-2031 eine Gebühr
für die Bearbeitung von Anträgen durch den Städtebau – und Umweltdienst
erhoben.

Artikel 2:

§1: Gebühr für eine Akte: pro Akte wird ein Pauschalpreis von 20,00 €
berechnet.

§2: Gebühr für urbanistische Auskünfte: 8,00 € pro angefragte Parzelle.

Artikel 3: Die Gebühr ist durch die Person zu entrichten, die den Antrag
eingereicht hat.

Artikel 4: Die betreffende Gebühr ist innerhalb einer Frist von 30
Kalendertagen ab dem Ausstellungsdatum der Rechnung zu zahlen.

Artikel 5: Wird die Gebühr nicht innerhalb der vorgesehenen Fälligkeitsfrist
beglichen, wird im Rahmen des gütlichen Inkasso das Mahnverfahren
eingeleitet. Bei Nichtzahlung bis zum Fälligkeitstag wird der Schuldner gemäß
Artikel 102 § 3 des Gemeindedekrets vom 23. April 2018 per Einschreiben in
Verzug gesetzt. Die Kosten für den Versand des Einschreibens gehen zu Lasten
des Abgabepflichtigen und werden gemäß dem geltenden
Gemeinderatsbeschluss zur Festlegung der Gebühren auf Mahnschreiben

berechnet. Sie werden zusammen mit der Hauptforderung beigetrieben.
In Fällen, die nicht unter diese Bestimmung fallen, erfolgt die Beitreibung vor den zuständigen Zivilgerichten.

Dieser Rechtsakt unterbricht die Verjährungsfrist. Gegen diesen Rechtsakt kann innerhalb eines Monats nach der Zustellung durch Antrag oder Ladung Berufung eingelegt werden.

Artikel 6: Die betreffende Gebühr wird unter Haushaltsartikel 104/161-48 verbucht.

Artikel 7: Der vorliegende Beschluss wird der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zwecks Ausübung der allgemeinen Aufsicht übermittelt.

Namens des Gemeinderates :

Der Generaldirektor,
gez. SCHÖSSLER P.

Der Vorsitzende,
gez. STELLMANN A.

Für gleichlautenden Auszug :

Burg-Reuland, den 26. November 2025

Der Generaldirektor,
SCHÖSSLER P.

Der Bürgermeister,
STELLMANN A.

